

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 30 (1951)
Heft: 2

Artikel: Die Industriepolitik der Tschechoslowakei
Autor: Schwarz, Theodor
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336565>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Industriepolitik der Tschechoslowakei

1. Der Fünfjahrplan

Der Aufbau einer nationalisierten und planmäßig gelenkten Industrie in der Tschechoslowakei verdient besondere Beachtung, weil hier zum erstenmal in der Geschichte ein hochindustrialisiertes Land mit hohem Lebensstandard den Weg der kollektiven Planwirtschaft beschritt. Politisch-soziologisch ist der tschechische Versuch ebenfalls interessant, da die CSR ungefähr dieselbe gesellschaftliche Struktur wie die meisten westeuropäischen Staaten aufweist (einem bedeutenden Proletariat steht ein zahlenmäßig stark ins Gewicht fallender Mittelstand gegenüber).

Der Beginn der kollektivistischen Planwirtschaft in der CSR geht auf das Jahr 1945 zurück. Der damals beschlossene *Zweijahrplan* diente der Wiederherstellung der durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Volkswirtschaft. Der den Zweijahresplan ablösende *Fünfjahrplan* (1948—1953) setzte sich erheblich weiter gesteckte Ziele: Das Hauptgewicht der industriellen Entwicklung soll auf die Schwerindustrie verlegt werden, wobei aber die Leichtindustrie beibehalten und ausgebaut werden soll. Der Ausbau der Leichtindustrie sieht nicht nur eine Erneuerung des Produktionsapparates vor, sondern auch eine Anpassung an die neuen Bedürfnisse des Inlandsmarktes und vor allem des Weltmarktes. Industrien, die nur zu Hungerlöhnen exportieren können, sollen abgebaut und durch verwandte Produktion ersetzt werden. So ist man zum Beispiel von der nicht mehr lohnenden Erzeugung von Glasschmuck, Glasspielzeug usw. zur Herstellung technischer Gläser übergegangen.

Entscheidend für das Gelingen des Fünfjahrplanes ist aber die Verlagerung des Gewichtes auf die Schwerindustrie. Die Tschechoslowakei will nicht nur in dieser Beziehung vom Ausland immer unabhängiger werden, sondern sie soll auch mithelfen, die Volksdemokratien Südosteuropas zu industrialisieren. Da die tschechoslowakische Republik technisch und wirtschaftlich unter den volksdemokratischen Staaten am höchsten steht, fällt ihr im Industrialisierungsprozeß der rückständigen Agrarländer Bulgarien, Ungarn, Rumänien, Albanien eine führende Rolle zu. Diesem Ziel, der Entfaltung einer mächtigen Schwerindustrie, die den Südosten mit Maschinen aller Art versorgen soll, ist auch der Außenhandel der CSR weitgehend

untergeordnet. Die CSR führt vor allem Konsumgüter und Rohstoffe aus und führt Produktionsmittel (Maschinen und Werkzeugmaschinen) ein. Da diese Güter aus dem westlichen Ausland oft nur gegen Devisen erhältlich sind, werden alle Anstrengungen gemacht, jene Teile der Exportindustrie zu entwickeln, die Devisen einbringen. Der Devisenhunger führt auch zu einer Drosselung des Verbrauchs im Inland bei gewissen Gütern. (So wurde zum Beispiel slowakischer Rotwein vom Winter bis Sommer 1950 nicht ausgeschenkt. Dagegen waren Bier, Weißwein und Schnäpse in allen Qualitäten erhältlich.)

Das zweite Ziel des Fünfjahrplanes ist die Industrialisierung der Slowakei. Die Slowakei verwandelt sich gegenwärtig aus einem Land mit vorwiegend landwirtschaftlicher Produktion in ein Gebiet, in dem die Industrie ausschlaggebend ist.

II. Die Nationalisierung

Die weitgesteckten Ziele des Fünfjahrplanes hätten unter der Herrschaft der Privatinitiative niemals in Angriff genommen werden können. Die geringe Entwicklung der industriellen Produktion in Italien, Frankreich, Belgien nach dem Kriege beweist dies eindeutig. Die Nationalisierung der Industrie ermöglichte erst die planmäßige Lenkung der gesamten Industrie in jener Richtung, die zur Entfaltung der Wirtschaft und der Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung führt. Die Nationalisierung erstreckt sich hierbei nicht nur auf die Schlüsselindustrien, die Bergwerke, die Transportmittel, den Kredit und den Großhandel, sondern hat nahezu die gesamte Wirtschaft erfaßt. Diese Verstaatlichung, die den Kleinhandel und das Gewerbe einschließt, ermöglichte erst das Aufstellen genauer Produktionspläne und verhinderte zugleich die Entstehung neuer kapitalistischer Schichten. Von den Gewerbebetrieben wurden nicht verstaatlicht zum Beispiel kleine Schneidereien, ver einzelte Bäckereien, Metzgereien, kleinere Gasthäuser. Doch das sind Überbleibsel der Privatwirtschaft, die nicht mehr ins Gewicht fallen. Hingegen ist im Gastgewerbe und im Kleinhandel der Lebensmittelbranche wohl eine Verstaatlichung, nicht aber eine Zusammenfassung der Betriebe vorgenommen worden. Wahrscheinlich wird auch hier mit der Zeit eine Zentralisation und Rationalisierung einsetzen.

Die Nationalisierung der großen und mittleren Betriebe muß als *dezentralisiert* bezeichnet werden. Die einzelnen Unternehmungen sind relativ selbständige Einheiten, die zur streng kaufmännischen Geschäftsführung angehalten sind, mit dem Außenhandelsamt Verträge über Lieferungen ab-

schließen usw. Bei den sozialisierten Unternehmungen müssen unterschieden werden die *Nationalunternehmen* (Narodni podnik) als die wichtigste Form, dann die *genossenschaftlichen Unternehmungen* und die *Gemeindeunternehmen* (zum Beispiel gehören in den großen Städten die Gasthäuser, die Hotels den Gemeinden). Die Nationalunternehmen, die in der Industrie die Hauptform darstellen, entsprechen unseren schweizerischen öffentlich-rechtlichen Körperschaften. Natürlich unterstehen die Nationalunternehmen bei aller Selbständigkeit ebenfalls letzten Endes der obersten staatlichen Planbehörde. Doch hat sich diese dezentralisierte Form der Verstaatlichung derart bewährt, daß man sogar ein altes Staatsmonopol, wie die Tabakregie, aufgelöst und in ein beweglicheres, rentabler wirtschaftendes Nationalunternehmen verwandelt hat.

Auch die örtlichen städtischen Gemeindebetriebe haben sich gut bewährt, da man sie nur dort einführte (im Transport, im Gastgewerbe usw.), wo diese Form als die natürliche erschien.

Was die Leitung der Betriebe, besonders der kleineren betrifft, so sind häufig die früheren Inhaber zu Geschäftsleitern ernannt worden. Trotz der Gefahr von Sabotage erwies sich diese Lösung bei dem großen Mangel an Fachleuten als zweckmäßig. Der Raum verbietet es, auf weitere Einzelheiten der Nationalisierung einzutreten. Doch kann jeder Beobachter feststellen, daß das Schreckbild der sozialistischen Kommandowirtschaft der Röpke und Hayek ohne Kenntnis der Praxis der kollektivistischen Wirtschaft entworfen worden ist.

III. Das Problem der Arbeitskräfte

Der Mangel an Arbeitskräften stellt eine der größten Schwierigkeiten der tschechoslowakischen Industriepolitik dar. Der Aufbau der Industrie benötigt zahlreiche neue und vor allem qualifizierte Arbeitskräfte. Zudem war der Ausfall der sudetendeutschen Arbeiter in den betroffenen Industrien zu ersetzen. Dazu trat ab 1948 ein Flüchtlingsstrom, der vor allem technisch oder kaufmännisch gebildete Kader dem Lande entzog. Allerdings steht diesen Flüchtlingen eine weit höhere Zahl von Rückwanderern aus Europa und Übersee gegenüber, doch handelt es sich meist um nicht qualifizierte Kräfte.

Die Tschechoslowakei kennt also keinerlei Arbeitslosenfrage, sondern vielmehr ist bei allen staatlichen Stellen, die sich mit der Industriepolitik befassen, eine eigentliche Jagd nach Arbeitskräften im Gange. Direktoren von Betrieben schließen bereits mit den Schülern der oberen Handelsklassen

Anstellungsverträge ab, um sich den nötigen Nachwuchs rechtzeitig zu sichern. Mit diesem Kampf der Betriebe um die menschliche Arbeitskraft hängt auch eine Erscheinung zusammen, die zu einem ernsten Hemmschuh der wirtschaftlichen Entwicklung geworden ist: die *Fluktuation* der Arbeiter. Da überall offene Stellen zu besetzen sind, wechseln die Arbeiter häufig den Arbeitsplatz, um eine besser bezahlte und vor allem leichtere Arbeit anzunehmen. Werden solche Stellenwechsel mehrmals im Jahr vorgenommen, so können sie sich schädigend auswirken. Der Fluktuation wird durch eine Reihe von Maßnahmen entgegengearbeitet. Vor allem wird die Arbeit in den Bergwerken angenehmer gemacht, um dieser Grundlage der Industrialisierung neue Kräfte zuzuführen und zu erhalten. Bergarbeiter erhalten nicht nur bedeutend höhere Löhne, sondern auch eine Vorzugsbehandlung in der Zuteilung von Lebensmitteln, Möbeln, Wohnungen, Ferienmöglichkeiten. Plakate und die Filmwochenschau werben für die Grubenarbeit. «Ich bin Bergarbeiter, wer ist mehr?» lautet der offizielle Slogan. Zweifellos ist hier ein neues Berufsethos im Entstehen begriffen, schwer verständlich für westliches Denken, das der egoistischen, kapitalistischen Denkweise, die heute noch den Großteil der Bevölkerung in ihrem alltäglichen Handeln beherrscht, entgegen gesetzt ist. Offensichtlich genügt es nicht, kollektivistische Institutionen zu schaffen, sondern allmählich sollte sich ein entsprechendes Bewußtsein bei den Massen herausbilden. Heute ist dies noch nicht der Fall. So kommt es dazu, daß der einzelne die Vorteile, die ihm die kollektivistische Wirtschaft mit ihrem Überfluß an Arbeitsstellen bietet, zum Nachteil der Gemeinschaft mißbraucht.

In der kapitalistischen Wirtschaft ist es die Gefahr, seinen Arbeitsplatz zu verlieren und keinen neuen zu finden, der den Arbeiter zu Höchstleistungen antreibt. In einer sozialistischen Wirtschaft der Vollbeschäftigung fehlt die Peitsche der Arbeitslosigkeit. Infolgedessen müssen andere Mittel verwendet werden, um Schwänzen, Langsamarbeit (ein Übel aus der Kriegszeit, wo langsame Arbeit patriotische Pflicht bedeutete) und Fluktuationen zu verhindern.

Eines dieser Mittel, die Ergiebigkeit der Arbeit zu steigern, ist die Bewegung der *Stoßarbeiter*. Die Uderisci oder Stoßarbeiter erhalten höhere Löhne, Prämien und alle möglichen Erleichterungen in der Zuteilung von Konsumgütern. Mit diesem «Belohnungssystem» stellt man also auf die Denkweise der im Kapitalismus aufgewachsenen Arbeiterschichten ab, man packt die Leute bei ihrem Eigennutz. Gleichzeitig feiert man aber die Uderisci als Helden der Arbeit. Ihre Photographien zieren überlebensgroß Plätze und Schaufenster.

Das Problem besteht darin, daß die Udernici zwar Höchstleistungen vollbringen, es aber zuwenig verstehen oder verstehen wollen, die Belegschaften mit ihren neuen Methoden bekannt zu machen und sie mitzureißen. Das Ziel der Bewegung der Stoßarbeiter soll aber nach der Meinung der Wirtschaftsleiter darin bestehen, die Produktivität der Arbeit gesamthaft zu heben.

Das wichtigste Mittel, die Produktivität der Arbeit zu steigern, ist natürlich die Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiterschaft. In dieser Hinsicht kann festgestellt werden, daß sich der Reallohn gehoben hat, daß die Versorgung mit Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs sich immer mehr dem *Vorkriegsniveau* nähert. Und dies trotzdem die Hauptanstrengungen nicht auf den Ausbau der Konsumgüterindustrie, sondern auf die Schaffung einer mächtigen Schwerindustrie gerichtet sind. Dazu sind große Sozialleistungen getreten, die in der Vorkriegszeit in diesem Ausmaße fehlten, wenn auch anzuerkennen ist, daß bereits die bürgerliche Republik hierin Beachtliches schuf. Der Kranke, der Invalide oder der Kriegsgeschädigte ist nicht mehr Stiefkind der Gesellschaft.

Einen weiteren Zustrom von Arbeitskräften in die Industrie erwartet man auch von der Motorisierung und Mechanisierung der Landwirtschaft. Schließlich hat man die im westlichen Ausland viel diskutierte *Arbeitspflicht*, ein altes sozialistisches Postulat seit Thomas Morus' «Utopia», eingeführt. Sie richtet sich vor allem gegen die besitzenden Schichten, gegen die Besitzer privater Vermögen oder Haus- und Grundeigentümer. Auch solche kapitalistische Rentner sind verpflichtet, eine Arbeit anzunehmen, wobei vor allem an Büroarbeit zu denken ist, da es sich ja meist um Angehörige des gebildeten Bürgertums handelt. Hausfrauen, die keine Kinder haben, dürfen keine Dienstmädchen anstellen. Es ist also in diesem Falle auch der Gattin eines Ministers verwehrt, die gnädige Frau zu spielen.

Die Behandlung der Frage der Arbeitskräfte zeigt, daß die tschechoslowakische Staatsführung wohl in einigen Punkten das russische Muster übernommen hat, daß sie aber im großen und ganzen eher einen gemäßigten, den wirtschaftlichen und soziologischen Gegebenheiten des Landes angepaßten Kurs einschlägt. Es ist dieses Vermeiden jeden Experimentierens und überflüssigen Diktierens, das die tschechoslowakische Planwirtschaft für den schweizerischen Beobachter besonders interessant macht.